

Braucht Luxemburg (weiterhin) eine grüne Partei?

Im Rahmen des Dossiers zum 25-jährigen Jubiläum von Déi Gréng, war die forum-Redaktion auch an der Meinung der politischen Konkurrenz zu den Grünen interessiert und hat die Abgeordneten Charles Goerens (DP), Robert Mehlen (ADR), Roger Negri (LSAP) und Marco Schank (CSV) um eine Stellungnahme gebeten, die wir an dieser Stelle abdrucken.

Charles Goerens, Fraktionspräsident der DP

Braucht Luxemburg auch weiterhin eine grüne Partei angesichts der Tatsache, dass fast alle Parteien heutzutage den Umweltschutz in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben? So, oder so ähnlich könnte man die Fragestellung umfassen.

Nun, die gleiche Frage müsste man sich dann allerdings auch in Bezug auf die LSAP und die soziale Gerechtigkeit oder die DP in Bezug auf den Schutz der Bürgerrechte stellen. Keine dieser Parteien kann für sich das Monopol in diesen Themenfeldern beanspruchen. Die Tatsache, dass diese politischen Grundsätze über die Parteigrenzen hinweg Verbreitung gefunden haben, ist ein Zeichen für ihre Überzeugungskraft. Dadurch werden die Parteien, welche die Pionierarbeit geleistet haben, jedoch nicht überflüssig.

Dem Wähler erleichtert dies die Wahl seiner Partei natürlich nicht gerade. Fast alle Parteien sind heute in Bezug auf den Umwelt- und Klimaschutz sensibilisiert. Eine der größten Herausforderungen an die Politik und die Gesellschaft liegt jedoch darin, innerhalb eines kurzen Zeitfensters von 10 bis 15 Jahren eine Erderwärmung von zwei bis drei Grad zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist Realitätssinn und Effizienz

gefragt. Zu oft noch erübrigt sich Umweltpolitik darin, Ziele zu beschließen, ohne die konkreten Maßnahmen zu benennen, die dazu umgesetzt werden müssten.

Die Unterschiede bei den politischen Parteien liegen letztlich in der Originalität ihrer Ansätze und dem Projektmanagement, mit dem die Umweltpolitik

umgesetzt werden soll. Welche Partei dabei die Nase vorn hat, sollte der Wähler entscheiden.

Déi Gréng haben sich auf jeden Fall fest im Luxemburger Parteienspektrum etabliert. Nicht nur in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch in gesellschaftspolitischen Fragen oder in der Familien- und Schulpolitik.

© Claude@Munich





Foto: Déi Gréng

Dies ist auf jeden Fall eine Bereicherung und die Erfolgsgeschichte der Grünen ist sicherlich noch nicht an ihrem Ende angelangt. In diesem Sinne kann man déi Gréng nur zu ihrem Jubiläum gratulieren und auf eine weitere gute Zusammenarbeit hoffen.

Robert Mehlen, ADR-Nationalpräsident

Damit Demokratie stattfinden kann, braucht es politische Parteien, die Ideologien, gesellschaftspolitische Ideale, Vorstellungen und Auffassungen bündeln und sich mit ihren programmatischen Zielvorstellungen freien und geheimen Wahlen stellen.

Die parteipolitische Landschaft Luxemburgs hat sich nach der Durchsetzung demokratischer Prinzipien und Institutionen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage der damaligen gesellschaftlichen Gegebenheiten entwickelt und allmählich stabilisiert. Dementsprechend war die Polarisierung zwischen Christlich-Konservativen, Sozialisten und Liberalen über lange Zeit weitaus ausgeprägter als heute.

Mit dem gesellschaftspolitischen Wandel haben sich die Traditionsparteien einander immer mehr angenähert und dabei ihre ideologischen Ecken und Kanten weitgehend abgeschliffen. Heute unterscheiden sich diese Parteien mehr

durch die sie repräsentierenden Köpfe als durch ein ideologisch-programmatisches Eigenprofil.

Die Entstehung der grünen Bewegung und ihre Weiterentwicklung zu einer etablierten Partei brachte erstmals Bewegung in das auf ewige Zeiten programmiert scheinende Karussell von CSV, LSAP und DP. Sie besetzte auf unkonventionell-provozierende Weise das Terrain der Umwelt und Nachhaltigkeit und konnte sich dadurch deutlich von den herkömmlichen Parteien abheben.

Dass sie sich in Luxemburg erfolgreich etablieren und entwickeln konnte, beweist, dass es damals wie heute ein deutliches Bedürfnis zumindest bei einem Teil der Bevölkerung gab und gibt, die Umweltbelange stärker in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen.

Inzwischen sind die Grünen von einer Oeko-Schwerpunktbewegung zu einer Breitband-Partei gereift, die in sämtlichen Politikbereichen, ob sie direkt etwas mit Umwelt zu tun haben oder nicht, ein vernehmliches Wort mitredet.

Im Gegenzug haben die traditionellen Parteien sich gleichfalls ein grünes Mäntelchen umgehängt und beherbergen ihrerseits „grüne“ Lobbyisten in ihren Reihen. Woraus man sicherlich die Frage über den aktuellen Bedarf nach einer grünen Partei ableiten kann.

Diese Frage aufwerfen heißt, in der jetzigen politischen Konstellation gleichzeitig die Frage nach der Notwendigkeit bzw. der Existenzberechtigung aller übrigen Parteien stellen. Denn in einer offenen Demokratie hat keine Partei ein unbegrenztes Haltbarkeitsdatum, auch wenn die Altparteien sich über lange Zeit durch erheblichen Machtmissbrauch und schlimme Postenschieberei zu „staatstragenden“ Parteien entwickelt haben, die jede politische Neugründung als unerhörten Angriff auf ihre vermeintlichen Erbhöfe empfinden und dementsprechend bekämpfen.

Die Luxemburger Grünen sind allmählich den Flegeljahren entwachsen. Nach ihrem Wahlerfolg von 2004 drängen sie verstärkt an die Hebel der Macht und sind bereit, dafür einen Teil ihres Profils zu opfern. Ihr Anbieterverhalten gegenüber den traditionellen Parteien wirkt manchmal schon fast peinlich und schadet ihrer Glaubwürdigkeit.

Und dort, wo Grüne in der kommunalpolitischen Verantwortung stehen, merkt man schnell, dass grüne Ideologie sich zweifellos gut verkauft, aber in der praktischen Umsetzung der erforderliche pragmatische Sachverstand oftmals schmerzlich fehlt.

Die andauernden Skandale rund um die von einem grünen Bürgermeister geleitete Mülldeponie Sidec, sowie die (von den Grünen vehement geforderte) krasse Fehlentscheidung bezüglich des Baus einer Trambahn in der Stadt Luxemburg beweisen, dass auch Grüne nur mit – hoffentlich nitratfreiem – Wasser kochen.

Demokratie lebt von Alternance. Daher ist die Neugründung alternativer Parteien unbedingt als Stärkung des demokratischen Pluralismus zu werten, weil sie dem Wähler die Möglichkeit bietet, etablierte Machtkartelle zu brechen und neue unverbrauchte Kräfte an die Schalthebel der Politik zu befördern.

So ist es letzten Endes der Wähler, der darüber entscheidet, ob eine Partei weiterhin gebraucht wird oder nicht. Das gilt selbstverständlich auch für unsere Grünen. In diesem Sinne: *Ad multos annos!*

Roger Negri (LSAP), Präsident der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer

In einer pluralistischen Demokratie wie in Luxemburg gebührt den Wählern die Entscheidung darüber, ob eine politische Partei weiterhin gebraucht wird oder nicht. Bedenkt man in diesem Sinne, dass die Grünen bei den letzten Legislativwahlen etwas über 11% der Wählerstimmen erhielten, so ist die Frage nach deren Existenzberechtigung unmissverständlich geklärt. Die Betrachtung der Wahlresultate der Grünen im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte lässt erkennen, dass die Grünen es geschafft haben, immer mehr Menschen zu mobilisieren. Darüber hinaus erfüllen die Grünen, wie auch andere Parteien, eine ganze Reihe von wesentlichen Funktionen in unserem politischen System: sie sind eine Vermittlungsinstanz zwischen Gesellschaft und Staat, sie artikulieren die Interessen ihrer Mitglieder und Wähler, arbeiten Wahlprogramme aus und formulieren politische Positionen, erlauben politische Partizipation und leisten somit ihren Beitrag zur Legitimation des politischen Systems.

Die Anfänge der Grünen liegen in einer Zeit, in der sich unzählige Bürgerinitiativen für Belange einsetzten, die von den etablierten Parteien zu stark vernachlässigt wurden. Besonders bemerkenswert ist etwa, dass die Grünen einen neuen und eigenständigen Parteientyp bildeten, der sich durch zahlreiche Eigenschaften von den anderen Parteien unterschied. So verzichteten die Grünen, zumindest ganz am Anfang ihres Bestehens, bewusst auf die Bezeichnung Partei und entschieden sich für das Rotationsprinzip, das imperative Mandat sowie für die Einhaltung der Geschlechterparität. Die Programmatik, die mit „den Schlagworten ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei, solidarisch“¹ umschrieben wurde, trug den zahlreichen in der Bewegung involvierten Bürgerinitiativen, Interessengruppen und Vereinigungen Rechnung.

25 Jahre später hat sich viel in der Gesellschaft verändert, mehr aber wohl noch die Grünen selbst. Die anfangs zersplitterte, eher instabile Bewegung hat sich mittlerweile in einer einzigen Partei vereinigt. Sahen sich die Grünen in ihren Anfangszeiten eher als systemkritisch, als Kritiker der etablierten Akteure und

Institutionen, so sind sie heutzutage selbst Teil des Establishments geworden. Die basisdemokratischen Prinzipien wurden größtenteils über Bord geworfen und auch den Grünen ist es trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen, eine Parität der Geschlechter in ihrer Parlamentsfraktion zu erreichen. Die grünen Innovationen aus den achtziger Jahren, sowohl in organisatorischer als auch in inhaltlicher Hinsicht, sind also größtenteils verschwunden. Aber auch die anderen Parteien haben sich verändert: sie haben reagiert auf die Politik der Grünen, etwa indem sie traditionell grüne Themen, allen voran den Umwelt- und Naturschutz, stärker in ihre Wahlprogramme integriert haben.

Die Arbeit der Grünen ist nicht nur bei der Themensetzung, sondern auch in demokratiepolitischer Hinsicht von Bedeutung. Die Verbreiterung des Parteienspektrums, hervorgerufen durch die Gründung der Grünen und der ADR, hat dazu geführt, dass die Rolle der politischen Opposition im luxemburger Parlament gestärkt wurde. Die Opposition ist zahlreicher geworden, tendenziell sowohl was die Zahl der Parteien als auch die der Abgeordneten anbelangt. Demgegenüber steht allerdings die ideologische Annäherung der Parteien, die besonders seit dem Anfang der neunziger Jahre zu erkennen ist. Letztere betrifft auch die Grünen, die, so Michel Pauly 1999 in *forum*, „sich den Vorwurf gefallen lassen [müssen], dem allgemeinen Sog zur Mitte unterlegen zu sein und ihr Profil verloren zu haben

auf der Suche nach Anerkennung als Volkspartei“².

Die Grünen sind mittlerweile eine feste politische Größe in Luxemburg. Sie sind erwachsen geworden, mit der Konsequenz allerdings, dass ihre ursprünglichen Ideale und Dynamik verblasst sind. Die Grünen haben besonders am Anfang ihres Bestehens Weitsicht bewiesen und haben frühzeitig wichtige gesellschaftliche Fragen thematisiert. Im Bereich des Natur- und Umweltschutzes beispielsweise befanden sie sich vor 25 Jahren eher in einer Minderheitsposition. Heute sind ihre Sorgen über den Zustand unserer Umwelt allgemein anerkannt. Dies ist wohl auch der Hauptgrund, warum die Bürger den Grünen fast nur Kompetenz in Umweltfragen zuschreiben.³ Die Grünen haben bis heute den Status einer „One-Issue-Partei“ noch nicht überwinden können, zumindest nicht in der öffentlichen Meinung. Und damit stellt sich auch die Frage, inwiefern sie in der Lage sind, eine verantwortungsvolle und glaubwürdige Politik für unser Land umzusetzen. Eine Politik, die nicht nur Umweltinteressen Rechnung trägt, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte berücksichtigt.

Der steigende Zuspruch seitens der Wähler sowie die Erhöhung des Koalitionspotenzials, bedingt vor allem durch den Wandel der Partei zu einer „ökologische[n] Gruppierung der politischen Mitte“⁴, facht immer wieder Diskussionen über eine mögliche Regierungsbeteiligung der Grünen an. Dies

Foto: Déi Gréng



wird, sofern es tatsächlich zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen kommen wird, ein neues Moment in die Diskussion einbringen, und es wird sich die Frage stellen, wie die Grünen sich aus der Affäre ziehen werden. Welche Konsequenzen wird eine eventuelle Regierungsbeteiligung auf ihr politisches Profil haben? Wie auch immer die Zukunft aussieht, es sind weiterhin die Wähler, die darüber entscheiden werden, welche Rolle eine grüne Partei in Luxemburg einnehmen wird.

¹ Michel Pauly, „Die grün-alternative Bewegung“, in: Mémorial 1989, Publications mosellanes, Luxembourg 1989, S.91.

² Michel Pauly, „Wahlen 1999“, in: forum, Nr. 193, Juli 1999, S.9.

³ Vgl. Patrick Dumont, Fernand Fehlen, Raphaël Kies, Philippe Poirier, Les élections législatives au Grand-Duché de Luxembourg, Luxembourg 2006, S.241.

⁴ Patrick Dumont, Fernand Fehlen, Philippe Poirier, „Parteiensystem, politische Parteien und Wahlen“, in: Wolfgang H. Lorig, Mario Hirsch (Hg.), Das politische System Luxemburgs, Wiesbaden 2007, S.179.

Marco Schank, CSV-Generalsekretär

Eigentlich müsste man diese Frage an die Wählerinnen und Wähler richten, die über das Sein (die parlamentarische Präsenz oder Nicht-Präsenz einer Partei!) oder Nichtsein der Parteien entscheiden. Als Antwort könnte man immerhin das Resultat der Grünen anlässlich der letzten Legislativwahlen anführen, wo Déi Gréng sich von fünf auf sieben Sitze verbesserten und landesweit 11,6% erreichten. 11,6% der Wähler glauben demnach, dass Luxemburg eine Grüne Partei braucht! Das ist Fakt, alles andere ist Spekulation oder Wunschdenken!

Die Grünen haben jedoch zweifellos das Verdienst, neben Umweltschutzorganisationen wie dem Mouvement écologique, den Umweltschutz und die Nachhaltigkeitsidee bereits in den 1980ern auf die politische Tagesordnung gesetzt zu haben. Es ist nicht zu leugnen, dass die so genannten etablierten Parteien den Stellenwert und die Relevanz dieser Fragen, in Luxemburg wie auch in anderen europäischen Ländern, nicht als erste Priorität sahen oder erst spät erkannt haben.

Es ist ebenfalls unbestreitbar, dass die Grünen durch beharrliche Sensibilisierungs- und Überzeugungsarbeit in einem hohen Maß zur Stärkung von partizipativen Elementen in der Gesell-

schaft sowie zu Fortschritten im Themenkomplex Chancengleichheit und Gleichberechtigung beigetragen haben. Das muss man anerkennen, auch wenn den Grünen laut Umfragen in anderen Politikfeldern weniger Kompetenzen zugetraut werden.

Somit zeichnen die Grünen sicherlich für eine neue Dynamik in der luxemburgischen Politik, in der luxemburgischen Gesellschaft verantwortlich. In einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft haben sie sich damit ihren Platz zu Recht erarbeitet. Dem zollen wir Respekt.



© p-jack

Braucht Luxemburg nun weiterhin eine grüne Partei? Eigentlich geht es weniger um die Grüne Partei, als um die Frage, ob Umweltschutz, Klimaschutz, partizipative Demokratie, Gleichberechtigung verstärkt Schwerpunkte der Politik bleiben oder nicht! Eines steht fest: Die Ziele und Ideen der Grünen – Zielsetzungen auf die die Grünen in den Augen der Öffentlichkeit lange Zeit ein Quasimonopol hatten – sind längst zu einem festen Bestandteil in den Programmen und Entscheidungen der anderen Parteien geworden! Doch Papier ist geduldig und es gilt der Satz: Lasst Taten sprechen! Wenn nur die Grünen in ihren Einstellungen, Haltungen und Handlungsweisen zur praktischen Umsetzung bereit sind, klärt sich die Frage wohl von selbst.

Darüber hinaus sind die Grünen auf dem Weg zu einem anderen Selbstverständnis. Die Bewährungsprobe einer echten Majoritätspartei mit Verantwortung muss eigentlich noch erfolgen. Erste Umfragen in Bezug auf die Schöffenratsbeteiligung in der Hauptstadt führen den Grünen vor Augen, dass Opposition und reale Politik zwei Paar Schuhe sind. Andere Parteien haben sich dieser Herausforderung ebenfalls stellen müssen. DP, LSAP ebenso wie die CSV haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Bezug auf ihre Positionen weiterentwickelt.

Ohnehin ist die Grüne Partei längst im Wandel begriffen. Wenn man über die Mosel zur großen Schwesterpartei sieht – was Déi Gréng selbst oft tun – wird deutlich, dass sich die ehemalige Friedenspartei dort bereits nachhaltig verändert hat. Im Oktober vergangenen Jahres stimmten mehrere Grünen-Abgeordnete im Bundestag für die Verlängerung des Isaf-Mandats der Bundeswehr in Afghanistan – und damit für eine Fortsetzung des Tornado-Einsatzes. In Zeiten der Friedensbewegung wäre dies unmöglich gewesen.

Man darf jedenfalls gespannt sein, was die Weiterentwicklung der Grünen Partei in Luxemburg angeht. Welchen Weg wird sie einschlagen? Wird sie verstärkt zu einer Mitgliederpartei? Die Generalversammlungen der großen CSV-Sektionen sind im Schnitt stärker besucht als so mancher Nationalkongress der Grünen. Die Grünen können nur teilweise den Anspruch einer Volkspartei erheben! Wird sich die Wählerschaft der Grünen in allen Schichten wiederfinden? Oder werden sie, wie ihnen nachgesagt wird, eher die Partei von Intellektuellen und Besserverdienern bleiben?

Die Grünen werden auf diese Fragen Antworten finden müssen. Antworten, die von den Wählerinnen und Wählern bewertet werden. Ein normaler Prozess in einer demokratischen Gesellschaft und nichtsdestotrotz äußerst spannend.